

# Open Data in der Kulturstatistik

## Drei ausgewählte Beispiele



Johannes Crückeberg promoviert am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim zu Künstlerresidenzen im Ausland

Offene Kulturstatistiken – gebührenfrei, online zugänglich und in einem verwertbaren Format – Wunschdenken oder Realität? Eine Fragestellung, die gegenwärtig und abhängig vom jeweiligen Kultursektor differenziert beantwortet werden muss. Bereits seit den 1970er Jahren werden die Erwartungen gestellt, die im Kern von Open Data stehen: Datenmaterial muss für die Allgemeinheit frei verfügbar sein, die Weitergabe und Weiterverwendung der Daten muss gewährleistet werden und jede/r muss in der Lage sein, die Daten kostenfrei zu verwenden. Schlussendlich müssen die offenen Daten in einem zweckmäßigen und editierbaren Format vorliegen.

In der politischen Praxis sind die Potenziale und Chancen von Open Data inzwischen hinlänglich bekannt. So bekennen sich CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dazu und schmieden ehrgeizige Pläne: »Im Bereich Open Data wollen wir erreichen, dass die Bundesregierung internationaler Vorreiter wird«. In der Verwaltungspraxis herrschen hingegen häufig noch Vorbehalte und Skepsis: Datenmissbrauch und Fehlinterpretation werden befürchtet und so der Weg für eine wahre Reform versperrt. Auch vor Kulturstatistik erheben den Verbänden und Institutionen macht die Open-Data-Entwicklung nicht halt. Wie ist der Status quo im Bereich Open Data bei Kunstinstitutionen? Ein kurzer spartenspezifischer Einblick in ausgewählte Kulturstatistiken zu Museen, Bibliotheken und Theatern<sup>1,2</sup>

Seit 1981 werden vom Institut für Museumsforschung jährlich alle Museen in Deutschland befragt. Hierbei werden Daten zu den Beständen und organisationale Daten, bspw. zu Personal, Besuchern und Eintrittspreisen erhoben. 2016 nahmen 6712 Museen an der Befragung teil. Die Auswer-

tungen dieser Daten sind frei verfügbar, jedoch werden die Rohdaten nur in Teilen und nur bei begründetem Interesse herausgegeben. Dies wird mit Datenschutz begründet: Da sich fast die Hälfte der Museen in privater Hand befindet, können die Rohdaten nicht frei verfügbar gemacht werden.

Bereits seit 1902 gibt es Bibliotheksstatistiken. Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) wurde 2002 vom Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen. Hier werden seitdem statistische Metadaten zu öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken erhoben (Rücklaufquote 2017: 91,87%). Auf der Website kann man die Datensätze von 1999 bis 2017 herunterladen.

Der Bühnenverein gibt als Bundesverband der deutschen Theater und Orchester jährlich die Theaterstatistik heraus, in welcher umfangreiche statistische Daten zu vielen Teilbereichen der Theater- und Orchesterlandschaft erfasst sind. Jedoch können diese ausschließlich in Buchform erworben werden, einzig Summentabellen sind auf der Website des Bühnenvereins einsehbar. Eine elektronische Ausgabe der Daten ist nicht möglich, was mit entgegenstehenden rechtlichen Positionen begründet wird.

Vielen Kulturinstitutionen ist bewusst, dass sie besonders aus Legitimationsgründen in Zukunft umfangreiche Daten öffentlich zugänglich machen müssen. So wird im Vorwort der aktuellen Theaterstatistik konstatiert: »Eine qualifizierte kulturpolitische Debatte braucht Fakten«. Einige statistikerhebenden Akteure haben die Zeichen der Zeit erkannt, andere verweigern sich dem Trend hin zu Open Data. Zwar werden rechtliche Gründe ins Feld geführt, jedoch bestehen weiterhin Vorbehalte, dass besonders sensible Daten als Argumentation gegen die jeweilige Institution verwendet werden. Dabei sollten die Erfahrungen inzwischen gezeigt haben, dass Open Data zu mehr Teilhabe, zu mehr Transparenz und zu einem offenen Umgang mit Fakten führen kann. ■



Lukas Stempel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rahmen der DFG-Forschungsgruppe »Krisengefüge der Künste«

1 Die lebhafte Debatte zum freien Zugang zu den Inhalten der Kulturinstitutionen (open cultural data) wird hier bewusst ausklammert.

2 Nicht berücksichtigt sind dabei die Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes.